

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Axel Böhm 4188/4189



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Berlin O 20 64, Zelt - Mühlweg - Platz 6
Telefon: Capellen

Die Zeitung erfolgt im Colportage.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Verantwortung zu übernehmen. Abnahme von 1000 Exemplaren ist erforderlich, wenn nicht anders vermerkt ist. Abnahme bis 1000 Exemplare ist nachträglich möglich.

Berlin, den 14. Jan. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Töne statt Taten.

Schleicher warnt - Die SA handelt.

SPD. Die Reichsregierung hat am Sonnabend eine "Warnung gegen den Missbrauch der politischen Bewegungsfreiheit" in das Land gehen lassen. Unter Nennung der Nazipresse wird in dieser Warnung gesagt, dass in den letzten Tagen einzelne Minister beschimpft worden seien und offen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert worden sei. Wenn das so weitergehe, müsse die Regierung die betreffenden Zeitungsnamen auf längere Zeit unschädlich machen und die verantwortlichen Personen in Schutzhaft nehmen!

Wir fürchten, die Praxis derartiger Presseverbote würde wie vordem so aussehen, dass die Rechtspresse genannt und die Linkspresse von den reaktionären Bürokraten des Kabinetts Schleicher getroffen wird. Wir kennen das Lied, das unter Papen und den Preussenkommissaren begonnen wurde, und wir kennen auch den Text. Schreien und schimpfen die nimmersatten Agrarier und ihre nationalsozialistischen Trabanten, so werden sie, wenn es hochkommt, gewarnt und dann weitergefüttert mit Liebesgaben auf Kosten der darbenenden Volksmassen. Schreien aber die Arbeiter ihre Not heraus, dann wird ihnen der Mund verstopft indem man ihre Presse verbietet. Diese Auffassung von der Regierungserklärung ist umso berechtigter, je mehr wir die Warnung der Reichsregierung mit dem wahrlich vorhandenen Missbrauch der politischen Bewegungsfreiheit vergleichen.

Die Regierung fühlt sich beleidigt und beunruhigt. Richtig! Was soll aber der einfache Staatsbürger, Republikaner und Arbeiter sagen, und wie mutet ihn diese Regierungserklärung an, wenn er weiss, dass er bei jedem Versammlungsbesuch sein Totenhemd anhat und wenn die Gegner der Hitlerpartei nicht mehr wissen, ob sie noch gesund und lebend ihre Angehörigen wiedersehen! Ist das zuviel behauptet? Geben wir ein paar Zahlen und Namen:

In der Neujahrsnacht sind in der Reichshauptstadt, sozusagen unter den Augen des Kanzlergenerals, zwei junge linksstehende Arbeiter und eine unpolitische Frau von SA-Leuten viehisch abgeschlachtet und niedergeschossen worden. Die drei Nazimörder sind verhaftet und haben die Untaten eingestanden. In der gleichen Nacht wurde in München bei einer Nazifeier ein kriegsbeschädigter Nazimann mit dem Bierglas erschlagen. Zwei Tage später sind in Koblenz und bei Koblenz zwei Arbeiter von SA-Leuten ermordet worden. Um die gleiche Zeit überfielen bei Stettin, nach genau gefasstem Plan, vier SA-Leute den deutschen nationalen Gutsbesitzer Steinicke. Er wurde ermordet und beraubt. Die Täter sind die gleichen, die in Stettin ein Bombenattentat gegen den sozialdemokratischen "Volksboten" verübt haben.

Wenige Tage zuvor wurde in Dresden der Fememord an dem SA-Mann Hentzsch bekannt und die für Nazimörder geschaffene Fluchtorganisation in den Braunen Häusern. Der Verdacht der Mittäterschaft oder Begünstigung gegen den Dresdner

SA-Führer Dr. Brennecke ist so stark, dass der Staatsanwalt die Aufhebung der Immunität dieses sächsischen Landtagsabgeordneten forderte und dieser Tage vom Landtag erhielt. Mittlerweile wurde in Frankfurt/Main der SA-Mann Stubenrauch zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er mit Komplizen seine schwangere Freundin in den Main geworfen und ertränkt hat. Am Tage nach diesem Urteil wird aus der Toten Saale in Jena die Leiche einer Frau geborgen, die von zwei SA-Leuten ermordet, beraubt, in einen Sack gebunden und in den Fluss versenkt worden war.

Das sind die Toten, die politischen Morde und die Raubmorde der SA innerhalb zwei Wochen, wobei die Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Nicht gezählt sind die zahllosen Verwundeten und Schwerverletzten. In Berlin ringt zurzeit noch ein 15jähriger Reichsbannerkamerad mit dem Tode. Ein SA-Mann hat ihm den Bauch aufgeschlitzt. Es gibt fast keine Nacht seit dem 1. Januar, in der in der Reichshauptstadt nicht schwere Ueberfälle auf Arbeiterlokale erfolgt sind und wobei es nicht Verletzte gegeben hätte. Einmal versuchte eine geschlossene Formation von 300 SA-Leuten in eine kommunistische Versammlung einzudringen. Am vergangenen Freitag-Abend gelang der Horde die Störung einer grossen Versammlung der Berliner Nazi-Opposition. Zu dem Wahlkampf in Lippe waren geschlossene SA-Kolonnen selbst aus Berlin und Westfalen herangeholt, die wie Heuschreckenschwärme das kleine Land durchzogen und die Bevölkerung terrorisierten. Das ist das Fazit der uniformierten Hitlerbanden aus zwei Wochen.

Wo ist ein Wort in der Warnung der Reichsregierung über dieses systematische Bürgerschlachten durch die SA? Wo ist die Warnung an die Adresse der Hitler, Röhm, Goebbels und aller Mordhetzer in der Mörderpartei? Kann hier noch von individuellen Akten und Einzelhandlungen gesprochen werden, wo es offenbar ist, dass dieses Blut geflossen ist weil es fließen muss, damit die SA Beschäftigung hat und Ablenkung von dem Krach im Hitlerlager! Das Blut der planmässig zerfetzten und gemordeten Arbeiter, Sozialdemokraten, Kommunisten und Republikaner soll der Kitt sein, mit dem Herr Hitler die Risse im Gemäuer der Braunen Häuser verkleistern will.

Unter der autoritativen Regierung des Herrn von Papen ist Hitler und seiner SA die Uniform neu verliehen, sind sie als Staat im Staat anerkannt worden. Ihre Schandtaten schreien zum Himmel. Dumpfer Groll schwelt in der Arbeiterklasse. Selbst in den Reihen des Bürgertums wächst Empörung gegen die Verbrecher und ihre Organisationen, wächst aber auch der Zweifel und der Unwille gegen eine Regierung, die diesem Bürgerkrieg zusieht, ohne ihm zu wehren. Es sind taktische Gründe, die Herrn Schleicher zur Zurückhaltung gegen die Hitlerbanden bewegen: In dem Augenblick, in dem man im Begriff steht, Hitler, sei es gegen bare Münze oder auf anderem Wege, als Steigbügelhalter zu kaufen, kann man nicht zugleich so gegen seine Horden vorgehen wie es notwendig erscheint. Man spielt zwar nach aussen den starken Mann, aber dort, wo es angebracht wäre Entschlossenheit zu zeigen, wird geschwiegen und eine Geduld an den Tag gelegt, deren Ursache innere Schwäche ist.

Deutschland wird nicht mit Hitler sondern nur im Kampf gegen ihn genesen. Die umgekehrte Methode führt zu Zuständen, wie wir sie heute zu verzeichnen haben, zur Abhängigkeit gegenüber Kräften, gegen die nur die ganze Strenge der staatlichen Autorität angebracht ist. Mit dicken Tönen, hinter denen sich innere Schwäche verbirgt, ist es nicht getan, Herr Schleicher!

SPD. Genf, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Saarau am Kaiserstuhl zerriss ein zu spät explodierter Sprengschuss vier Arbeiter, die über die Trümmer der rechtzeitig explodierten Schüsse zum Essen gehen wollten.

SPD. Breslau, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Oberstaatsanwaltschaft Breslau hat gegen die Haftentlassung des SA-Mörders Krawczyk, der vor etwa einer Woche den Breslauer Jungarbeiter Hanisch erstochen hat, Beschwerde erhoben. Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat die Strafkammer Breslau die Beschwerde zurückgewiesen.

SPD. Der Rechtsausschuss des preussischen Landtags befasste sich am Sonntagnachmittag mit dem Fall des ehemaligen Amtsvorstehers von Bornitz, Frenzel, der seinerzeit in einem Aufsehen erregenden Prozess nach mehrwöchiger Verhandlung wegen Blutschande an seiner Tochter zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Das Urteil ist von einem grossen Teil der Öffentlichkeit nicht gebilligt worden, namentlich die während der Verhandlung anwesenden Berichtserstatter der Presse haben starke Bedenken gegen die Schlüssigkeit des Urteils geäussert.

Inzwischen hat sich ein Komitee für Frenzel gebildet, dem eine Anzahl namhafter Persönlichkeiten aus den Kreisen der Literatur, der Kunst und des öffentlichen Lebens angehören. Dieses Komitee hat an den preussischen Landtag für Frenzel, der seine Strafe bereits angetreten und zum grösseren Teil verbüsst hat, ein Gnadengesuch gerichtet. Der Inhalt dieses Gesuches, das sich namentlich auf die Unglaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugin, der 16jährigen Tochter Frenzels, stützt, wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Krüger-Brandenburg vorgetragen. Es entspann sich darauf eine längere Debatte, wie der Fall behandelt werden solle, namentlich auch darüber, ob der Ausschuss in eine sachliche Nachprüfung der Urteilsgründe eintreten solle und dürfe. Die Schwierigkeiten einer solchen Urteilsnachprüfung erwiesen sich als besonders gross, weil das Urteil mehr als 650 Schreibmaschinenseiten umfasst und einen Band von Lexikonformat darstellt. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Sache zu vertagen, um einen besonderen Verhandlungstag für sie festzusetzen, wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Danach kam es nur noch zu einer ganz kurzen Erörterung der Sache. Der Vertreter des Justizministeriums verlas aus dem Urteil zwei oder drei für Frenzel besonders ungünstige Sätze, die ihn als brutalen und geschlechtslüsternen Menschen schildern. Diese in zwei Minuten aus 650 Seiten vorgetragene Charakteristik genügte für die Mehrheit des Ausschusses, um zu einer glatten Ablehnung des Gesuches zu gelangen. Der Bedeutung des Falles und dem öffentlichen Aufsehen, das er erregt hat, entspricht keineswegs diese Art der Behandlung.

SPD. Hamburg, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

In der kommunistischen Ortsgruppe des Städtchens Wedel bei Hamburg hat sich ein Funktionär, der von der NSDAP zur KPD übergetreten war und dort freudig aufgenommen wurde, als Spitzel entpuppt.

In der kommunistischen Partei wurde der übergelaufene Nazi alsbald mit Funktionen beauftragt, die in jeder anderen Partei, die auf Sauberkeit hält, nur durch langjährige Parteizugehörigkeit und durch das Vertrauen der Mitglieder erworben werden können. Aber in der Kommunistischen Partei wird hierauf kein Wert gelegt. Es kommt hier lediglich darauf an, ob jemand gehörig gegen die Sozialdemokratie hetzen kann. So auch in diesem Falle. Derselbe Mann und Funktionär, der gestern noch auf das Hakenkreuz geschworen hatte, und als Führer einer Horde Faschisten den Marxismus in Wedel mit Stumpf und Stiel ausrotten wollte, wurde kaum, dass er zur Kommunistischen Partei übergetreten war, zum Führer des antifaschistischen Kampfverbandes in Wedel berufen. In dieser Eigenschaft hat er wiederholt zur nächtlichen Stunde die antifa-

faschistische Garde in Wedel aus den Betten trommeln und antreten lassen. Wenn es soweit war machte er den Kommunisten kaltschnäuzig die Mitteilung, er wolle sich nur vergewissern, ob auch alles klappt, wenn die grosse Stunde geschlagen habe.

Von den Nazis erhielt dieser neugebackene Sowjetfunktionär angeblich Drohbriefe über Drohbriefe, in denen ihm die Mitteilung gemacht wurde, dass man ihn "umlegen" werde, wenn er nicht seinen Kampf gegen das Hakenkreuz einstelle. Einen dieser Briefe hat die kommunistische "Hamburger Volkszeitung" in grosser Aufmachung wortwörtlich abgedruckt. Dann aber kam der grosse Katzenjammer. Im Herbst kam man plötzlich dahinter, dass die kommunistische Ortsgruppe Wedel und die kommunistische Stadtteilleitung Altona, die den neuen grossen antifaschistischen Führer bestätigt hatten, einem üblen Spitzel aufgesessen waren. Ferner besteht kein Zweifel mehr darüber, dass sich dieser Spitzel jene Drohbriefe, die er angeblich von den Nazis erhalten hat, selbst geschrieben hat.

Dieser Tage trat nun unter dem Vorsitz des Stadtteilleiters in Altona das kommunistische Parteigericht in der roten Sporthalle zu Wedel zusammen. Es hatte sich nämlich herausgestellt, dass der Spitzel die Gelder, die er für seine Arbeit erhalten hat, zum grössten Teil gemeinsam mit den prominentesten kommunistischen Funktionären der Ortsgruppe Wedel in Alkohol umgesetzt hat. Für dieses "unproletarische" Verhalten wurden zahlreiche Funktionäre gehörig abgekanzelt. Es ist bei dieser Gelegenheit sehr heiss hergegangen. Aber es kommt noch schlimmer. Seit längerer Zeit wurden die Bewohner Wedels durch Diebstähle und Räubereien gemeinster Art in Unruhe gehalten. Den Bauern wurden Hühner und Gänse aus den Ställen und von der Weide gestohlen; den Kleinhändlern wurden die Läden erbrochen und ausgeraubt. Arbeiterfamilien, deren Ernährer seit langer Zeit erwerbslos sind, wurden Kaninchen und Hühner gestohlen. Ebenso wurden Schlachtkühen und Rauchkammern erbrochen und beraubt. Monatelang wurden die Diebstähle betrieben, ohne dass es der Polizei gelang, den Tätern auf die Spur zu kommen. Jetzt endlich scheint man die Spitzbuben gefasst zu haben. Vor einigen Tagen wurden einige der prominentesten Kommunisten der Ortsgruppe Wedel von der Polizei verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Altona überführt. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, dass zum mindesten einer der Verhafteten an den Räubereien beteiligt gewesen ist. Auch mit dieser Angelegenheit hatte sich das kommunistische Parteigericht in Wedel zu befassen. Die ganze Angelegenheit soll natürlich vertuscht werden. Aber es ist notwendig, dass die Arbeiterschaft erfährt, welcher Geist innerhalb der Kommunistischen Partei herrscht.

Besonders stolz war die Bezirksleitung Wasserkante der KPD auf die von den Kommunisten in Wedel so laut betonte Linientreue. Dazu gehörte der Kampf gegen die verruchten Sozialdemokraten mit dem Geschrei: "Hauptfeind ist...". Dass dieses Geschrei nach dem Kommando eines nationalsozialistischen Spitzels laut und immer lauter ertönte, gab dem so geführten "Klassenkampf" erst den rechten Schwung.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen.....

SPD. Dresden, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

In einem Vorort von Dresden hat die Polizei einen nationalsozialistischen Maurer überführt, am 21. Dezember sein Haus angezündet zu haben. Der Maurer hat damals politische Gegner als Urheber des Brandes verdächtigt. Tatsächlich wollte er durch den Brand die Versicherungssumme ergaunern. Der Nazi-Schwindler und seine Frau sind inzwischen hinter Schloss und Riegel gesetzt worden.

SPD. Der Krach in der NSDAP in Franken geht lustig weiter. Nazi-Stegmann hat gegen Nazi-Streicher eine einstweilige Verfügung losgelassen, Nazi-Streicher behauptet nach wie vor, Stegmann habe über 6000 Mark für die SA keine Rechenschaft abgelegt, im Nürnberger Hitlerhaus prügelt man sich. Der Hauptakteur der Rebellen aber, der Reichstagsabgeordnete Stegmann, macht plötzlich schwach. Am Freitag noch einstweilige Verfügung gegen Streicher, am Sonnabend die folgende Erklärung:

"Ich war heute bei meinem Führer. Da ich einsehe, dass mein Verhalten von ihm mit Recht getadelt wurde, habe ich aus eigenem mein Reichstagsmandat zu seiner Verfügung gestellt und ihm versprochen, als Parteigenosse in Treue und Gehorsam meine Pflicht zu tun. gez. Wilhelm Stegmann."

Das ist der Rebellenstolz in der NSDAP! Es fragt sich, mit welchen Mittel das braune Haus den Stegmann so kirre gemacht hat, dass er öffentlich Reu und Leid tut, sein Reichstagsmandat abgibt und sich selbst ins Gesicht spuckt? Sollte es damit zusammenhängen, dass die Herrschaften sich so sehr ans Herrenleben gewöhnt haben, dass sie nicht anders mehr können, als vor der allmächtigen Kasse zu kuschen?

SPD. Frankfurt/M., 14. Jan. (Eig. Drahtb.)

Das Frankfurter Schwurgericht, das am Mittwoch den nationalsozialistische Mädchenmörder Stubenrauch zu 12 Jahren Stubenrauch verurteilte, hat am Sonnabend den 19jährigen Geldbriefträgermörder Wilhelm Knirsch wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Der Angeklagte hat am 1. Dezember vorigen Jahres den Geldbriefträger, der an jedem Morgen seiner Grossmutter die Altersrente brachte, in deren Wohnung erschossen und beraubt. Knirsch hat, wie er eingestanden hat, den Kölner Geldbriefträgermord nachahmen wollen. Er hat am Morgen des Mordtages seine kurz vorher gestohlene Waffe aus dem Keller, in dem sie verborgen war, geholt, entsichert und bereit gehalten. Er hat sich von dem Toten 2 740 Mark angeeignet, sich danach in der Wohnung sehr kopflös benommen und ist schliesslich geflohen. Er liess seiner Mutter 90 Mark und einen Zettel mit den Worten "Verzeih mir die Sünde" zurück, kaufte sich neue Kleidungsstücke, fuhr mit der Bahn nach Mainz und wurde noch am gleichen Abend in Wiesbaden, nachdem er 63 Mark ausgegeben hatte, verhaftet. Seine Tat hat er nie geleugnet. Nur in der Angabe, ob er mit Tötungsabsicht auf den Kopf gezielt habe, hat er geschwankt.

SPD. Köln, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Hitlers Kölner "Freund", Baron Kurt von Schröder, in dessen Palast kürzlich die Besprechung zwischen Hitler und Papen stattfand, sympathisierte während des Ruhrkrieges mit den Separatisten. Der "nationale" Mann passt also zu Hitler.

Im Winter 1923 wurde von Köln aus, um das Rheinland vom übrigen Deutschland "selbständig" zu machen, die Gründung einer Rheinischen Goldnotenbank mit eigener Währung propagiert. Neben dem Bankhaus A. Levy, das sich für eine solche separatistische Lösung stark gemacht hatte, trat das Bankhaus J.H. Stein mit Nachdruck für diese separatistische Rheinische Goldnotenbank ein, in seinem Namen Herr Baron Kurt von Schröder persönlich. In einem Leitartikel unter dem Titel "Die Rheinisch-Westfälische Goldnotenbank" berichtete die "Kölnische Zeitung" in ihren Nummern vom 15. und 16. Dezember 1923 über zwei Vorträge, die sich im Disch-Saal in Köln vor einer grossen Zuhörerschaft

des Verbandes der Import- und Grossfirmen an der Produkten- und Warenbörse zu Köln mit den Gedanken des Währungsproblems beschäftigten. Es heisst in diesem Artikel: "Freiherr von Schröder gab die Generalbegründung für den Plan mit der Behauptung, dass es den Bemühungen der deutschen Reichsregierung in absehbarer Zeit nicht gelingen werde, für das ganze Reich eine stabile Währung zu schaffen." Man glaubte, zu diesem Plan die Zustimmung der deutschen Reichsregierung zu finden. Diese Zustimmung erfolgte aber nicht. Der damalige Reichskanzler Stresemann wandte sich vielmehr mit zorniger Empörung gegen die Bestrebungen zur Errichtung einer Rheinischen Goldnotenbank - aus nationalen Gründen. Wären diese Bestrebungen verwirklicht worden, so wäre der Versuch der Festigung der Mark gescheitert, das Rheinland "versackt" und neuen Einflüssen zur Separation zugänglich geworden. Einer der Inhaber des Bankhauses J.H.Stein, der an diesem Versackungsplan beteiligt war, war auch der Einberufer jener unvergessenen Kasino-Konferenz in Köln im März 1919, in der man beschloss, durch eine Abstimmung über die Gründung eines westdeutschen Freistaates im Rahmen Deutschlands zu entscheiden. Also auch hier Unterstützung separatistischer Bestrebungen durch das Bankhaus J.H.Stein.

Hitlers "Freund", jener Baron Schröder, der damals an den separatistischen Plänen im Rheinland besonders interessiert und beteiligt war, hat übrigens vor kurzer Zeit versucht, eine "Konzentration" der notleidenden nationalsozialistischen Blätter im Westen zustandezubringen, um gefährdete Gelder zu retten. Die Ursache war, dass die in dem Düsseldorfer nationalsozialistischen Verlag gedruckten fünf Naziblätter in den letzten drei Monaten um 75 000 Bezieher abgenommen haben.

SPD. In Chemnitz starb am Sonnabend der frühere sozialdemokratische Innenminister Sachsens Max Müller.

Am gleichen Tage starb in einem Berliner Krankenhaus der Reichstagsabgeordnete Loibl, Mitglied der Bayerischen Volkspartei. Er war tags zuvor von einem Auto überfahren worden.

Am Sonnabend verlor der Reichstag noch einen zweiten Abgeordneten, den der Deutschen Volkspartei angehörenden Dr. Rudolf Schneider-Dresden. Schneider, der auch dem sächsischen Landtag angehörte, starb an den Folgen einer Nierenerkrankung.

SPD. Genf, 14. Januar (Eig. Drahtb.)
China hat dem Völkerbund abschriftlich eine Note mitgeteilt, die es an alle Unterzeichnermächte des sogenannten Boxer-Protokolls von 1901 gerichtet hat.

In der Note wird festgestellt, dass die japanischen Truppen unter Berufung auf ein angebliches Sondervorrecht aus diesem Protokoll die Stadt Shanhaikwan besetzt, tausende friedlicher Chinesen getötet hätten und sich zum Vorstoss auf Peking entlang der Bahn Mukden-Peking konzentrieren. Unter diesen Umständen könne die chinesische Regierung keinerlei Verantwortung übernehmen für irgend eine Situation, die aus der Ausübung des Rechtes der legitimen Verteidigung durch die chinesischen Truppen entstehen könnte. Die Truppen seien entschlossen, den Angriffen der Japaner den äussersten Widerstand entgegenzusetzen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat den Versuch gemacht, den Entschliessungsentwurf der 19. Kommission für die Regelung des Mandschurei-Konflikts so abzuändern, dass er von Japan angenommen werden könne. Nach dem Vorschlag Sir Eric Drummonds soll jede Erwähnung des Mandschukuo-Staates

und seiner Anerkennung durch Japan unterbleiben. Dadurch würde der Völkerbund seine Kapitulation vor Japan besiegeln. Der japanische Vertreter Matsuoka hat den neuen Text des Entwurfs bereits nach Tokio gekabelt und um Anweisung ersucht. Von der chinesischen Delegation wird ein solcher Text scharf zurückgewiesen werden.

SPD. Paris, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die französische Regierung hat am Sonnabend den Finanzplänen Chérons in den wichtigsten Punkten zugestimmt.

Nur die 2 000 Mark jährlich übersteigenden Beamtengehälter sollen auf die Dauer eines Jahres um 2 bis 12 Prozent gekürzt werden. Diesen Abzug beabsichtigt man auf zwei Jahre zu verteilen. Damit würde sich die Kürzung auf 1 bis 6 Prozent des Jahresgehalts belaufen. Nach Ablauf dieses Jahres hofft die Regierung die durch die Gehaltskürzungen erzielten Ersparnisse durch eine Vereinfachung der Verwaltung ersetzen zu können. Inbezug auf die Militärausgaben hat sich die Regierung über eine weitere Kürzung von etwa 120 Millionen Mark geeinigt.

Die endgültige Form der Regierungsvorlage wird in einem am Montag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten stattfindenden Ministerrat festgelegt werden. Die sozialistische Kammerfraktion hat dem Ministerpräsidenten am Sonnabend zu den Finanzplänen der Regierung einen Gegenentwurf überreicht, der u. a. ausser der von der Regierung bereits genehmigten Kürzung der Militärkredite um 120 Millionen Mark eine weitere Senkung von über 100 Millionen Mark vorsieht.

SPD. Genf, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Generaldebatte der Konferenz zur Vorbereitung der 40 Stundenwoche wurde bis zum Dienstag-Abend verlängert, um den Regierungsvertretern noch Zeit zu weiteren Verhandlungen über die Entschliessung zur Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhaltung zu verschaffen.

Am Sonnabend sprach der italienische Regierungsvertreter de Michelis sehr geschickt für die 40 Stundenwoche. Seine Regierung sei der Ansicht, dass eine internationale Lösung möglich und notwendig sei, um jedem Staat die nötige Konkurrenzsicherung zu geben. Sie sei bereit, jede Massnahme zu prüfen, die geeignet wäre, durch Arbeitszeitverkürzung möglichst viele Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Mit allen Mitteln müsse die 40 Stundenwoche durchgeführt werden, weil sie ein geeignetes Mittel, eine brauchbare Teilmassnahme von rascher Wirkung sei. Sie würde gestatten, 20 bis 30 Prozent der Arbeitslosen international alsbald einzustellen. Wenn Rationalisierung und Technisierung eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit seien, dann müsse die Arbeitszeit logischerweise verkürzt werden. Michelis widerlegte zum Schluss auffallend scharf Punkt für Punkt die von den Unternehmervertretern vorgebrachten Argumente gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit.

Der belgische Arbeitervertreter Mertens schlug zur praktischen Arbeit vor, jetzt vor allem eine Konvention auszuarbeiten, die auf sämtliche Arbeiter- und Angestelltenkategorien international angewandt werden könne und die die Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich festsetzte. Dann müssten die Überstunden auf höchstens 60 jährlich festgesetzt werden, um jeden Missbrauch auszuschliessen. Die Konvention müsse unbegrenzt sein und nicht nur für die Krise gelten. Alle Länder müssten sich verpflichten, die grundsätzlichen Entscheidungen strikt durchzuführen, damit nicht wieder die verschiedensten Durchbrechungen möglich seien. Ebenso müsse eine bestimmte Äusserung der Konferenz erfolgen über die Erhaltung der Kaufkraft bei verkürzter

Arbeitszeit. Für die Landarbeiter müsse so rasch als möglich ebenfalls eine Konvention folgen.

Unter spontanem Beifall der Arbeitervertreter schloss Mertens, wenn man etwas tun wolle, dann müsse es jetzt geschehen. Denn wenn Unternehmer und manche Regierungen in ihrer Reaktion weiter verharren, sei es vielleicht durch die Verzweiflung der Arbeiter bald nicht mehr möglich, in Genf ruhig über Abhilfe zu beraten.

SPD. Amsterdam, 14. Januar (Eig. Drahtb.)

Die deutsche Regierung hat die niederländische Regierung ersucht, schärfste Massnahmen zu ergreifen gegen private Herstellung und den Verkauf von Panzerautos und gegen die Ausrüstung von Kraftwagen mit Panzerplatten. Diese Autos würden an der Grenze von Schmugglern verwendet, um die deutschen Polizei- und Zollbeamten gewaltsam an der Ausübung ihrer Arbeit zu hindern. Holland dürfe nicht dulden, dass auf seinem Gebiet Waffen zur Bekämpfung deutscher Regierungsorgane hergestellt und verkauft würden.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Verfolgte Wahrheit.

Professorenhetze als Gesellschaftsspiel - Die "geistigen" Vorbilder der nationalsozialistischen Pöbelherrschaft.

SPD. Die Fälle Dehn, Gumbel, Cohn, in denen freiheitlich gesinnte Universitätslehrer von dem studentischen Pöbel oder von den eigenen Kollegen zur Einstellung ihrer Vorlesungen gezwungen wurden, lassen deutlich erkennen, in welcher Gefahr sich die Gedankenfreiheit in Deutschland befindet. Die Praxis, die geistigen Führer des Volkes zum Schweigen zu bringen, um dann in aller Ruhe den andern das Fell über die Ohren zu ziehen, ist uralte.

Die Waffen freilich, mit denen man den Geist bekämpft hat, waren nicht immer die gleichen. Mit den massivsten Unterdrückungsmethoden war die römische Kirche zur Hand. Den Entdecker des physikalischen Himmelsystems, Kopernikus, rettete nur der Tod vor der Verfolgung des Inquisitionsgerichts. Umso schlimmer erging es seinem Schüler, dem Italiener Giordano Bruno. Dafür, dass er es wagte, die weltanschaulichen Konsequenzen aus dem Kopernikanischen System zu ziehen, wurde er sechs Jahre lang gefangen gehalten, wiederholt gefoltert, und "ohne Blutvergiessen" im christlichen Geist der Liebe im Jahre 1600 in Rom öffentlich verbrannt. Ein anderer Anhänger der Kopernikanischen Lehrer, Galileo Galilei aus Pisa, der Zeuge von Brunos Märtyrertod gewesen war, wurde ebenfalls vor das Inquisitionsgericht geladen, eingekerkert und höchstwahrscheinlich auch gefoltert. In seiner Hilflosigkeit - er war ein kränklicher Greis von 69 Jahren - widerrief er seine Lehre. Er wurde freigelassen, aber bis zu seinem Lebensende polizeilich überwacht.

Die Tatsache, dass sich die Erde um die Sonne dreht, und dass folglich der jüdische Held Josua die Sonne nicht gut stillstehen lassen konnte, war dennoch nach 1642 nicht mehr wegzuleugnen - wenn sie auch das biblische Weltbild in das Reich der Kindermärchen verwies und der kirchlichen Autorität ein empfindlichen Stoss versetzte. Dafür suchte man die übrigen Machtpositionen der Kirche zu halten, und zwar auch der evangelischen, deren "Gewissensfreiheit" nur eine schöne Phrase war. Die bürgerliche Aufklärung bemühte sich, Religion anstatt auf die biblische "Offenbarung", d.h. den Wunderglauben, auf die Vernunft zu stützen und eine "Naturreligion" zu predigen. Diese Idee, die sich von den Philosophen Spinoza und Leibniz herleitet, wurde in Deutschland namentlich von dem Universitätsprofessor Christian Wolff in Halle gelehrt. Dieser hervorragendste Schüler Leibnizens erfreute sich europäischer Berühmtheit: die Akademie in Petersburg bemühte sich um ihn, die Akademien zu London und Paris ernannten ihn zu ihrem Mitglied. Das hinderte aber seinen Landesherrn, Friedrich Wilhelm I., nicht, ihn ohne Untersuchung aus dem Amte zu jagen. Zwei Gamaschenhengste, die Generale von Natzmer und von Löben, hetzten den König auf: Wenn der Mensch, wie Wolff lehrt, nicht der unbedingte Herr seines Willens sei, könnte man ja einen Deserteur für straffrei erklären? Wo bliebe denn da die Disziplin? Die Folge war die Kabinettsorder vom 8. November 1723: "Der Christian Wolff hat binnen 48 Stunden die königlichen Länder zu räumen, und zwar bei Strafe des Stranges." Wolff ist in Marburg mit offenen Armen aufgenommen und 1740 von Friedrich II. ehrenvoll zurückgeholt worden. Blamiert war nur der "königliche Korporal", der für seine Kommissdisziplin gezittert hatte.

Damit hörten aber die Drangsalierungen der Wissenschaft in Preussen nicht auf. Selbst der grosse Immanuel Kant in Königsberg hat mit 70 Jahren einen Ukas bekommen, in dem stand: "Unsere höchste Person hat schon seit geraumer Zeit mit grossem Missfallen ersehen, wie Ihr Eure Philosophie zur Entstellung und Herabwürdigung mancher Haupt- und Grundlehren der Heiligen Schrift und des Christentums missbraucht.... Wir verlangen des ehesten Eure gewissenhafte Verantwortung, und gewärtigen Uns von Euch, dass Ihr Euch künftighin nichts dergleichen werdet zuschulden kommen lassen, sondern vielmehr ... Euer Ansehen und Eure Talente dazu anwenden, dass unsere landesverräterliche Intention je mehr und mehr erreicht werde, widrigenfalls Ihr Euch ... unfehlbar unangenehmer Verfügungen zu gewärtigen habt". Unterzeichnet ist dieser Wisch von dem Minister Wöllner, den Friedrich der Grosse einen "betrügerischen intriganten Pfaffen" geschimpft hatte. Kant unterwarf sich und las erst nach Friedrich Wilhelms II. Tode, 1797, wieder über religiöse Gegenstände.

Man droht unliebsamen Professoren im 19. Jahrhundert nicht mehr mit dem "Strang", man kerkert sie auch nicht mehr ein, spannt sie nicht mehr auf die Folter und führt sie nicht mehr auf den Scheiterhaufen. Aber man macht sie mundtot. So ist es Ernst Moritz Arndt ergangen, der als Geschichtsprofessor in Bonn, nur weil er offen für die grossdeutsche Idee eingetreten war, einer jahrelangen Untersuchung durch preussische Behörden, dann durch die berühmte "Zentraluntersuchungskommission" in Mainz unterworfen und ohne Urteilspruch auf 20 Jahre, 1820 bis 1840, der Lehrerlaubnis beraubt wurde - ohne dass man ihm freilich sein Gehalt entzog.

Noch skandalöser freilich war das, was sich 1837 in Göttingen zutrug. In der altberühmten hannöverschen Universitätsstadt war durch eine Miniaturrevolution im Jahre 1831 eine Verfassung erzwungen worden, die 1833 in Kraft trat. Die erste Regierungshandlung des neuen Königs von Hannover, Ernst August von Cumberland, war, als er 1837 auf seinen Bruder Wilhelm IV. folgte, dieses "Staatsgrundgesetz" aufzuheben und aufgrund der "Verfassung" von 1819 absolutistisch zu regieren. Gegen diesen Staatsstreich des bereits 67 Jahre alten, in England gründlich verhassten Fürsten setzten sich sieben Göttinger Professoren zur Wehr: Wilhelm Albrecht, Christoph Dahlmann, Heinrich Ewald, Georg Gottfried Gervinus, Wilhelm Weber und die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm. Sie wiesen in würdigster Form darauf hin, dass sie sich an den Eid gebunden fühlten, den sie auf die Verfassung geleistet hätten, und einen solchen Eidbruch, wie er ihnen zugemutet würde, weder vor sich noch vor ihren Schülern verantworten könnten. Die Antwort des Königs war die fristlose Entlassung. Jakob Grimm, Dahlmann und Gervinus wurden als die Rädelsführer sogar des Landes verwiesen.

Ein Schrei der Entrüstung gellte durch ganz Deutschland, als dieser Gewaltstreich bekannt wurde, vor dem sogar Metternich gewarnt hatte. Es wäre zu wünschen, dass sich das deutsche Volk heute, da man mit demselben Terror gegen die Freiheit des Geistes wütet, ebenso geschlossen zur Wehr setze.

Dr.H.

+ + +
Flucht in den Tod. In Mainz hat sich ein aus Wiesbaden stammender Steuerbeamter, der der Unterschlagung von 50 000 Mark beschuldigt worden war, erschossen.

+ + +
Der erste Regen. Im Irak, der in diesem Jahr von einer beispiellosen Trockenheit heimgesucht wurde, hat es jetzt zum erstenmal seit Mai wieder geregnet.

+ + +
Lange nach Waldheim. Der Berliner Uralzeff-Rechtsanwalt Dr. Lange, der im Dresdener Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch verübt hatte, aber gerettet werden konnte, wurde nunmehr nach dem sächsischen Zuchthaus Waldheim überführt.

Die Berliner Theaterkrise. Die Direktoren Dr. Rudolf Beer und Karlheinz Martin sind von der Leitung des Deutschen Theaters in Berlin zurückgetreten. Das Defizit wurde von Tag zu Tag grösser, sodass es im Interesse der Schauspieler bereits nötig war, die auf dem Polizeipräsidium deponierte Kautionsanwartschaft anzugreifen. In Zukunft wird das Deutsche Theater aller Wahrscheinlichkeit nach gemeinsam von dem Schauspieler Karl Ludwig Achaz und Heinrich Neft, dem früheren geschäftlichen Direktor der Volksbühne, geleitet werden. Achaz setzt sich auf den Direktorensessel mit dem Gelde seines Vaters, des I.G. Farbengehaltigen Geheimrat Duisberg, der dem Theaterunternehmen vorerst 250 000 Mark zur Verfügung stellen will.

Bis der Vertrag unterzeichnet ist und Achaz und Neft in ihre Rechte eingesetzt sind, wollen die von Eduard von Winterstein geführten Darsteller des Deutschen Theaters den vor einigen Monaten von Max Reinhardt eingeübten "Prinz von Homburg" als Spielgemeinschaft "auf Teilung" zur Ausführung bringen. Die neue Direktion will anschliessend von Max Reinhardt einen weiteren Klassiker inszenieren lassen. Die Proben zu Professor Alsbjergs "Jus in arma" "Konflikt" sind häufig besetzt worden.

Der Kähne-Krieg. Vor dem dritten Zivilsenat des Berliner Kammergerichts wurde am Sonnabend eine merkwürdige Erstgeburtklage verhandelt, jedoch nach kurzer Sitzung wieder vertagt. Kläger ist Karl von Kähne jun. - Potsdam; Beklagter Karl v. Kähne sen., Besitzer des Fideikommisses und Ritterguts Petzow (Mark). Die Kähnes sind vor allem dadurch bekannt, dass sie mit Vorliebe Wandervögel und Ausflügler beschossen, die sich auf ihr Gebiet verirren. Einer der Kähnes wurde deshalb wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung mit 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Bei dem jetzigen Prozess handelt es sich um die Gültigkeit eines im Jahre 1931 geschlossenen Vertrages. Der junge Kähne hatte seinem Vater gegenüber für sich und seine Abkömmlinge auf die ihm zustehende Anwartschaft auf das Rittergut Petzow verzichtet. Durch diesen Vertrag wurde der Bruder des jetzigen Besitzers, Oberstleutnant Kuno v. Kähne, Anwärter. Obschon das Landgericht Potsdam diesen Vertrag für nichtig erklärte, muss das Kammergericht jetzt nochmals auf Grund eines Reichsgerichtsurteils den Fall prüfen.

In der Sonnabend-Verhandlung liess der Kläger durch seinen Rechtsanwalt geltend machen, dass er sein Erstgeburts- und Besitzrecht für das biblische Linsengericht hingegeben habe. Sein Vater habe die Notlage, in der er sich im Jahre 1931 befand, ausgenutzt, und ihn mit dem Betrag von 500 000 Mark, der zum materiellen Gegenwert in keinerlei Verhältnis stehe, abgefunden. Der Vater hätte den Sohn nur deshalb vom Gute verwiesen, und ihm alle Bezüge gesperrt, weil er eine "einfache" Försterstochter geheiratet habe.

Der Grippetod. England wird gegenwärtig von einer Grippeepidemie heimgesucht. Die Zahl der Todesopfer geht bereits in die Hunderte. In vielen Betrieben ist ein erheblicher Teil der Angestellten erkrankt.

Hinkler=Suche. Der englische Rundfunk hat sämtliche europäischen Rundfunkbehörden, funkentelegraphisch nach Nachrichten über den verschollenen Australienflieger Hinkler zu suchen.

55 Meilen Bücher. Die Bibliothek des britischen Museums gibt demnächst einen neuen Katalog heraus. Seine 165 Bände verzeichnen vier Millionen Bücher. Rücken und Rücken ist die Bibliothek 55 Meilen lang.

Wirtschaft Technik Handel

Handelskrieg mit Argentinien.

Nur ein Glied einer unheilvollen Kette.

SPD. Mit Argentinien, dem reichsten südamerikanischen Staat, befindet sich Deutschland seit Tagen im verschärften Handelskrieg. Ueber die argentinische Wareneinfuhr ist der sogenannte Obertarif, der tatsächlich ein prohibitiver Kampfzolltarif ist, verhängt worden. Nennenswerte Einfuhren von Handelswaren aus Argentinien werden damit unmöglich gemacht.

Die deutsch-argentinischen Handelsbeziehungen waren bisher auf Grund eines der ältesten Handelsverträge, der unlängst auf sein 75jähriges Jubiläum zurückblicken konnte, auf das freundschaftlichste geregelt. Der argentinische Markt war bereits in der Nachkriegszeit das wichtigste Absatzgebiet der deutschen Industrie in Südamerika und ist es auch wieder in der Nachkriegszeit; nach dem Wiederaufbau der deutschen Exportbeziehungen, geworden. Im Jahre 1929 erreichte die deutsche Ausfuhr nach Argentinien rund 370 Millionen Mark. Dieses grosse und reiche überseeische Agrargebiet war vor Krisenausbruch fast ein eben so starker Abnehmer wie die von der deutschen Aussen- und Handelspolitik so heiss umworbenen südeuropäischen Agrarländer. Mit der unentwegten agrarischen Abriegelungspolitik haben sich die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Argentinien aber zusehends getrübt. Es begann mit der rigorosen Aufhebung der Gefrierfleischkontingente, die Argentinien den Absatz von Gefrierfleisch nach Deutschland vollkommen verschloss; es folgten die Zollaufstockungen für Getreide, insbesondere für Weizen und Mais. Die einseitige Bevorzugung des rumänischen Mais durch das deutsche Maismonopol schuf bei den argentinischen Farmern und Regierungsstellen eine immer stärker zunehmende Abwehrstimmung gegen Deutschland.

Zwar ist die Handelsbilanz zwischen Deutschland und Argentinien seit jeher zugunsten Argentiniens aktiv gewesen; sie ist es auch heute noch. Schliesslich ist Argentinien eines der grössten agrarischen Rohstoffausfuhrgebiete. Nach der Fernhaltung der Getreide- und Fleischeinfuhr hat Argentinien heute wohl nur noch zwei grössere Ausfuhrmöglichkeiten nach Deutschland, die Belieferung mit Oelfrüchten und Oelseen sowie die mit Häuten und Fellen. Natürlich hat auch Deutschland in Argentinien mit seiner grosskapitalistisch betriebenen Landwirtschaft, die von der Agrarkrise besonders stark betroffen wurde, schwere Exporteinbussen erlitten. Die deutsche Ausfuhr nach Argentinien hat sich von 1929 bis 1931 von 371 auf 174 Millionen verringert; im laufenden Jahre wird sie sich auf noch nicht 100 Millionen belaufen. Der argentinische Markt verlor zunächst in der Krise infolge der Währungsnot und der massenhaften Zusammenbrüche der Farmer an Aufnahmefähigkeit. Immerhin ist es sehr bemerkenswert, dass im Rahmen der Gesamteinfuhren sich die deutsche Position bisher anteilmässig einigermaßen halten konnte. Während auf vielen europäischen Märkten England der deutschen Exportindustrie infolge der Pfundentwertung und der Rückwirkung der verfehlten deutschen handelspolitischen Massnahmen starkes Terrain abgewonnen hat, war das bisher auf dem wichtigsten südamerikanischen Markt Argentinien nicht der Fall. Nunmehr hat Argentinien in sicherlich nicht fairer Weise eine willkür-

Ausdeutung jenes uralten Handelsvertrages zu Ungunsten Deutschlands vor-
genommen. Es verweigert Deutschland gewisse Zollvergünstigungen, die es dem
Nachbarstaat Chile und auf Grund der Meistbegünstigung auch England, Frankreich
und Italien eingeräumt hat. Ueber die Unzulässigkeit dieser Massnahme kann
nach den deutschen Auslegungen des Vertrages kein Zweifel sein. Aber die Hin-
tergründe liegen eben viel tiefer. Der deutsche Agrarprotektionismus mit sei-
ner rücksichtslosen Abriegelungspolitik schafft in der ganzen Welt begreif-
licherweise die ärgste Misstimmung. An allen Ecken und Enden fliegen Handels=
verträge auf, entspinnen sich Handelskonflikte, verschärfen sich Handelskrie-
ge. Der deutsch=argentinische Handelskonflikt ist nur ein Glied in dieser Ket-
te. So sehr das rechtlich unzulässige Verhalten Argentinien zu verurteilen
ist, so ist doch andererseits klar, dass dieses Land niemals zu diesem Vor-
wand gegriffen hätte, wenn es nicht durch die deutsche Handels= und Zollpo-
litik sich übermässig in seinen Lebensinteressen geschädigt sähe. Wenn der
deutsche Markt nicht mehr für das Ausland zugänglich ist, so zwingen wir eben
selbst alte treue Kundenländer, nach anderen Absatzmärkten Ausschau zu hal-
ten. So sucht Argentinien vielleicht Anlehnung an das britische Vorzugszoll=
system und damit stärkeren wirtschaftlichen Anschluss an das britische Welt=
reich. Der deutsch=argentinische Handelskonflikt ist nur ein neues Zeichen für
die verhängnisvollen Folgen der autarkistischen Handelspolitik, die schon
viel mehr Arbeiter um ihre Arbeitsstellen gebracht haben als Arbeiter durch
den Fapenplan und die verschwenderischen Neueinstellungsprämien Beschäftigung
fanden.

SPD. Die Vereinigung der Deutschen Bauernschaft nimmt in einer bemer-
kenswerten Veröffentlichung zu den agrarpolitischen Ankündigungen der Reichs=
regierung Stellung und rechnet mit der Desperadopolitik des Reichslandbundes
in schonungsloser Weise ab. In der Veröffentlichung heisst es u.a., dass die
besondere Verschärfung der bäuerlichen Notlage z.T. durch staatliche Massnah-
men und Eingriffe zum besonderen Schutze der Grossbetriebe verursacht worden
sei, die vor allem die bäuerliche Veredelungswirtschaft (Viehzucht, Butterher-
stellung usw.) sehr geschädigt haben. Die Verantwortung für diese, dem Bauern-
tum abträgliche Agrarpolitik trage in erster Linie der Landbund, der die
Richtlinien der Agrarpolitik des Reiches in den letzten Jahren durch seine
Vertrauensmänner bestimmt hat. Es komme dem Landbund auch bei seiner jetzi-
gen Forderung auf Verschärfung des Vollstreckungsschutzes nicht darauf an,
dem Bauerntum zu dienen, sondern lediglich darauf, dem drohenden Zusammenbruch
der aus der Osthilfe ausscheidenden, sanierungsunfähigen Grossbetriebe und da-
mit die praktische Durchführung der Siedlung zu verhindern. Eine wirkliche
Herstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität könne nur die Stärkung und
Wiederaufrichtung der Kaufkraft der Konsumenten erreicht werden. Verantwor-
tungsbewusste landwirtschaftliche Organisationen hätten heute die Pflicht,
ihre Mitglieder über diese Zusammenhänge aufzuklären, statt sie aus reinen
Organisationsinteressen einem öden und hoffnungslosen Radikalismus in die Ar-
me zu treiben.

SPD. Die Frankfurter Metallgesellschaft, das Zentrum der deutschen Me-
tallpolitik, kann nach ihrer Sanierung im Vorjahre einen Reingewinn von
50 000 Mark vortragen. An Betriebseinnahmen werden etwa 14 Millionen Mark an-
gegeben. Die Unkosten scheinen - eine Vergleichung ist nicht möglich, da sich
die Posten in der Ertragsrechnung gegenüber dem Vorjahr verändert haben -
stark heruntergesetzt worden zu sein. Die normalen Abschreibungen sind mit
0,83 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Andererseits wird

Das Wertberichtigungskonto in Höhe von 12 Millionen Mark, das im Vorjahr geschaffen wurde, jetzt zu Abschreibungen verwandt.

Der Bericht der Metallgesellschaft ist durchaus optimistisch gestimmt. Es habe sich seit dem Sommer eine Stabilisierung durchgesetzt und in letzter Zeit gäbe es Anzeichen einer Belebung, die auch im neuen Geschäftsjahr anhalte. Wichtig sind die Ausblicke auf die Weltmetallmärkte. Die Weltvorräte in den meisten Metallen seien noch ausserordentlich hoch, was zu grossen Produktionsbeschränkungen zwingt. Eine gewisse Ausnahme mache Zink. Solange die Pfundwährung nicht stabilisiert sei, würden sich die grossen Warenmärkte nur schwer erholen.

SPD. Das Reichsstatistische Amt schätzt den Weltaussenhandel im dritten Vierteljahr 1932 auf 21,9 Milliarden Mark (auf 14 Milliarden bei den europäischen und 7,9 Milliarden bei den aussereuropäischen Ländern). Der Welt-handel ist also gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1932 wertmässig um 11 % gesunken und mengenmässig um 7 %. Gegenüber dem Höchststand von Herbst 1932 beträgt der Rückgang wertmässig $\frac{2}{3}$ und mengenmässig $\frac{1}{3}$. Verglichen mit dem Jahre 1913 ergibt sich eine mengenmässige Verringerung um 15 bis 20 %. An dem Rückgang im 3. Vierteljahr 1932 ist Europa stärker beteiligt als die überseeischen Länder.

Futtergetreide fester.

(Berliner Getreidebörse vom 14. Jan.)

SPD. Die plötzlich einsetzende Kältewelle hatte am Sonnabend den Markt für Futtergetreide, das viel stärker von der Kälteperiode betroffen wird als das Brotgetreide, befestigt. Soweit Brotgetreide in Frage kam, griffen die Stützungsstellen schon vor der Börse ein, um den Markt zu entlasten. Da zuletzt noch Kauforders aus der Provinz kamen, konnten die Märztermine leicht anziehen. Die Mainotierungen blieben unverändert. Am Promptmarkt waren nur die Stützungsstellen Käufer.

	13. Jan.	14. Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	186 - 188	186 - 188
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	112 - 116	112 - 116
Weizenmehl	22,75 - 26,10	22,75 - 26,10
Roggenmehl	19,30 - 21,60	19,30 - 21,60
Weizenkleie	8,75 - 9,00	8,75 - 9,00
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März. 205 - 204 $\frac{3}{4}$ (204 $\frac{1}{2}$), Mai 206 $\frac{3}{4}$ (206 $\frac{3}{4}$), ruhig. Roggen März 164 $\frac{1}{2}$ - 164 $\frac{3}{4}$ (164 $\frac{1}{4}$), Mai 166 $\frac{3}{4}$ (166 $\frac{3}{4}$), ruhig. Hafer März - (123), Mai - (126), ruhig.

SPD. Der Bund Deutscher Mietervereine hat an den Reichspräsidenten und an die Reichsregierung eine Eingabe geschickt, in der die Aufrechterhaltung des Wohnungsmangelgesetzes und des Mieterschutzes gefordert wird; insbesondere sind die Gemeinden zu verpflichten, unter Einführung eines Vormietrechtes für obdachlose Mieter Wohnungen zu beschaffen.

Die Forderungen werden mit dem Hinweis begründet, dass der Reichspräsident und die Reichsregierung sowohl in der ersten als auch in der vierten Notverordnung der Mieterschaft das Versprechen gegeben haben, ein soziales Mietrecht zu schaffen. Das Wohnungsmangelgesetz tritt nun auf Grund der vierten Notverordnung am 31. März 1933 ausser Kraft. Alle hinter diesem Termin entstehenden Miethverhältnisse stehen deshalb ausser jeden Mieterschutzes; Wohnungsnot und Wohnungselend sind aber drückender und furchtbarer geworden. Die so geschaffene Unklarheit wirkt sich heute schon auf dem Wohnungsmarkt aus. Am Abschluss neuer Mietverträge hat der Hausbesitzer wegen der bevorstehenden Abschaffung des Wohnungsmangelgesetzes gar kein Interesse. Wenn das Wohnungsmangelgesetz in seiner jetzigen Form wirklich fallen soll, müssen sofort neue Bestimmungen getroffen werden, die den kommunalen Verwaltungsstellen ein Arbeiten auf dem Gebiet des Wohnungsmangels ermöglichen. Man kann die Tatsache, dass wir in Deutschland immer noch eine fürchterliche Wohnungsmisere haben, nicht durch Veröffentlichungen falscher Zahlen leugnen. So sind die für Berlin gemeldeten 3 566 leeren Kleinwohnungen in Wirklichkeit keine Wohnungen, sondern Wohnhöhlen in Kellern und Dachböden. In Berlin gibt es neben der grossen Zahl sonstiger Wohnungssuchender etwa 25 000 Räumungsschuldner, für die die Stadt Berlin kein Unterkommen weiss. Es ist schon jetzt vorgekommen, dass Wöchnerinnen mit ihrem Kind in einer Gefängniszelle untergebracht werden mussten, nur damit sie überhaupt ein Dach über dem Kopf hatten. Die Dinge müssen sich nach dem Geiste des Wohnungsmangelgesetzes ungeheuer verschärfen. Schon hat die Stadt Berlin wegen des Mangels an irgendwelchen Uebergangsbestimmungen die Bewirtschaftung von Wohnraum überhaupt völlig eingestellt.

SPD. Der Vorsitzende des Reichslandbundes Graf Kalckreuth führte in einer Landbundversammlung in Meissen am Sonnabend u. a. aus, dass sich das Schicksal der deutschen Handelspolitik und damit das Schicksal des ganzen Landes in den nächsten Tagen entscheide. Es gelte jetzt, da die Handelsverträge mit Holland, Schweden und Südslawien ablaufen, mit dem System der Exportförderung auf Kosten der Landwirtschaft zu brechen.

Der Herr Graf hat wenigstens den Mut, seine Absicht, die deutsche Wirtschaft auf's schwerste zu schädigen, vor aller Welt zu äussern.

SPD. Der Grosshandelsindex ist in der verflossenen Woche mit 91,2 gegenüber 91,3 nahezu unverändert geblieben.

Buttermarkt.

SPD. Die Berliner Notierungskommission bezeichnet die Tendenz wieder als sehr ruhig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I. Qualität 90 RM, II, 85 RM, abfallende Ware 76 RM.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Wie lange noch?

Eine Frage an den Reichsarbeitsminister.

SPD. Die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe gehört zu den vordringlichsten sozialpolitischen Fragen, deren Lösung von der Regierung nicht noch weiter auf die lange Bank geschoben werden kann; denn nirgends hat das Papenregiment Ubler gewirtschaftet als auf dem Gebiet der Arbeitslosenversorgung. Bis jetzt fand das Kabinett Schleicher noch keine Zeit, sich mit der Neuordnung der Arbeitslosenbetreuung zu befassen. Allerhand Pläne werden natürlich bei den zuständigen Stellen erwogen, allein - nichts Gewisses weiss man nicht. Die Presse übt sich daher im Rätselraten. Sie spricht von Reformplänen der Gemeinden zur Schaffung einer "Reichsarbeitslosenhilfe" unter kommunaler Obhut, von der Auflockerung der Arbeitslosenversicherung durch Herausnahme bestimmter Berufsgruppen wie der Hausangestellten, der Saisonarbeiter und der Landarbeiter, von Angestelltenersatzkassen und ähnlich unerfreulichen Dingen. Auf dieses Rätselraten näher einzugehen, verlohnt sich nicht, solange die Regierung nicht klarer erkennen lässt, wohin die Reise gehen soll.

Warum sie sich so zurückhält, ist schwer verständlich. Die Regierung Schleicher hat doch einen Arbeitsminister, der in der Arbeitslosenfrage hervorragender Fachmann ist. Dr. Syrup braucht über diese Frage sich nicht erst laufelange bei anderen Leuten Rat zu holen. In all den Dingen, die zu dem grossen Gebiet der Arbeitslosenbetreuung gehören, hat er ohne Zweifel ein eigenes Urteil. Warum zögert Dr. Syrup, von seinen Kenntnissen und von seinem Urteil Gebrauch zu machen? Warum geht er nicht endlich daran, in den Schutthaufen der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge, den Herr Papen hinterlassen hat, wieder einige Ordnung zu bringen und der nutzlosen Quälerei der Arbeitslosen wie der Arbeitsamtsangestellten ein Ende zu machen?

Quälerei? Die Dinge liegen in Wirklichkeit noch schlimmer. Eigentlich müsste man von einer böswilligen und staatsfeindlichen Quälerei sprechen. Man kann annehmen, dass der Reichsarbeitsminister als Präsident der Reichsanstalt das Monstrum von Fragebogen, den heute ein Arbeitsloser in dreifacher Ausfertigung ausfüllen muss, nicht selbst verfasst hat. Aber er hat ihn doch sicherlich gelesen. Der Arbeitslose, der auf eine der Fragen eine falsche Auskunft gibt, muss gewärtig sein, dass ihm die Unterstützung gesperrt - ja dass er den Gerichten ausgeliefert wird. Und doch wird es nur wenig Menschen geben, die diesen Fragebogen wirklich wahrheitsgemäss ausfüllen können. Der Reichsarbeitsminister würde sicher in die grösste Verlegenheit kommen, wenn er selbst den Versuch machen wollte, so einen Fragebogen, gewissermassen zu seinem Privatvergnügen, auszufüllen.

Und dann die Hilfsbedürftigkeitsprüfung! Der Reichsarbeitsminister hat an seinen Vorgänger unter dem 27. Oktober 1932 ein ebenso umfangreiches wie vernichtendes Gutachten über die Hilfsbedürftigkeitsprüfung erstattet. Dr. Syrup hat gewiss nicht dieses Gutachten vergessen, und wenn nicht, dann ist gewiss auch ihm klar, dass aus diesem Gutachten Konsequenzen gezogen werden müssen. Dr. Syrup ist heute nicht mehr nur ein Beamter, der ministerielle Verfügungen zur Ausführung erhält. Er ist selbst der politisch verantwortliche

Minister, - wenn auch nur Fachminister - der diese Verfügungen zu erlassen hat. Und deshalb müssen wir an ihn die Frage stellen, ob er noch heute wie am 27. Oktober des vergangenen Jahres das Gutachten an den Arbeitsminister mit seiner Unterschrift deckt.

In den Schlussfolgerungen dieses Gutachtens heisst es, dass die Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch die grossen und mittleren Gemeinden "eine gerechte und gleichmässige Behandlung der Arbeitslosen unmöglich macht." Zu der selben Feststellung kommt das Gutachten gegenüber den kleineren Gemeinden, Und die Nutzanwendung dieser Feststellungen lautet, man solle die Hilfsbedürftigkeitsprüfung "etwa entsprechend der Regelung in der früheren Verordnung über die Krisenfürsorge" wieder den Arbeitsämtern übertragen.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup weiss, wo der Hund begraben liegt. Warum zögert er, seinem Wissen nun auch die Tat folgen zu lassen? Sollen wir annehmen, dass ein Fachminister es unterlassen könnte, eine im Interesse der öffentlichen Sicherheit und aus tausend anderen Gründen von ihm selbst geforderte Massnahme anzuordnen? Wir möchten das nicht annehmen, obwohl Deutschland, seitdem flinke Leute über Hitlers Rücken in die Macht geklettert sind, vor allem in der Politik das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten geworden ist. General v. Schleicher hat den früheren Präsidenten der Reichsanstalt Dr. Syrup doch wohl kaum deshalb zum Reichsarbeitsminister ernannt, damit er Papens Scherbenhaufen sorgsam behütet. Diese Ernennung ist doch wohl erfolgt in der Annahme, Dr. Syrup sei der Mann, um schnell und sachkundig den Scherbenhaufen zu beseitigen.

Der Scherbenhaufen der Papenerbschaft muss verschwinden. Die Verbitterung der Arbeitslosen verträgt keine neue Verschleppung dringend notwendiger Reformen. Die Härten, die die Papennotverordnungen gebracht haben, müssen gemildert werden. Die Neuorganisation der Arbeitslosenhilfe ist fällig. Ausdehnung des Versicherungsanspruchs ohne Bedürftigkeitsprüfung, Aufbau einer Reichsarbeitslosenfürsorge aus Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge und zwar bei der Reichsanstalt und für die Reichsarbeitslosenfürsorge eine Reichsbedürftigkeitsprüfung - aber nicht im Sinne der Hilfsbedürftigkeit - all das ist fällig. Wie lange sollen die Arbeitslosen noch warten? Wie lange noch, Herr Reichsarbeitsminister?

SPD. Die Tarifvertragsbewegung bei den Dachdeckern ist nunmehr endgültig abgeschlossen.

Bereits am 1. Juli 1932 trat der Reichstarifvertrag in Kraft. Der Schiedsspruch war mit rund 67% der im Baugewerksbund organisierten Dachdecker angenommen worden und erhielt, nachdem auch die christlichen Bauarbeiter sowie die Unternehmer zugestimmt hatten, Rechtsgültigkeit. Der Vertrag war zunächst bis zum 15. März 1933 abgeschlossen. Nach wiederholten Verhandlungen gelang es, seine Geltungsdauer bis zum 15. März 1934 zu verlängern.

Mit Wirkung vom 15. Oktober wurde der Reichstarifvertrag vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt. Die zwischen der Rechts- und der Allgemeinverbindlichkeit verstrichene lange Frist hat ihren Grund in den zahlreichen Einsprüchen, die gegen eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung erhoben wurden. Vor allem waren die Pappdachfabrikanten dagegen und in einigen grösseren Bezirken auch die Dachdeckermeister, die nicht dem vertragschliessenden Reichsverband des deutschen Dachdeckerhandwerks angehören. Sogar einige Staatsregierungen schlossen sich den unsozialen, arbeitsrechtfeindlichen Einsprüchen an - allen voran die thüringische Naziregierung. Sie kannte keine dringendere

Aufgabe als die Unterstützung der Rückständigkeit der thüringischen nicht organisierten Dachdeckerunternehmer, und sie erreichte auch, dass Thüringen zunächst von der Allgemeinverbindlichkeit ausgeschlossen wurde. Erst Ende Dezember wurde vom Reichsarbeitsminister die Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifvertrags mit Wirkung vom 1. Januar 1933 an auch auf den Freistaat Thüringen ausgedehnt.

Demit gilt nun der Reichstarifvertrag im Dachdeckerhandwerk für ganz Deutschland. Alle Unternehmer, auch die unorganisierten sind den Bestimmungen des Vertrags unterworfen. Ein schwerer Tarifikampf hat dank einer guten Organisation einen günstigen Abschluss gefunden.

SPD. Die Betriebsrätewahl bei den Werken der Stadt Halle A.G. hat den Kommunisten eine unerwartet schwere Niederlage gebracht. Die RGO hatte ihre Agitation in grösstem Umfang betrieben und erhebliche Aufwendungen für Propagandamaterial gemacht. Trotz aller Anstrengungen und trotz schmutzigster persönlicher Verleumdungen gegen Funktionäre der freien Gewerkschaften gelang es den Kommunisten nicht einmal, im Elektrizitätswerk und bei den Bergwerksbetrieben kommunistische Listen zustande zu bringen. Bei der Strassenbahn erhielten die Freien Gewerkschaften 607 Stimmen und 8 Mandate; auf die KPD-Liste entfielen 58 Stimmen. Die KPD bleibt damit wie bisher ohne Vertretung im Betriebsrat. Die Nazis erhielten 72 Stimmen und mit knapper Not 1 Mandat. Im Gas- und Wasserwerk entfielen auf die freien Gewerkschaften wieder sechs Mandate, auf die KPD 1 Mandat.

SPD. Der steigende Einfluss der sozialistischen Organisationen und vor allem der "Eisernen Front" bei der Durchführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes ist den Rechtsradikalen verdammt unangenehm. Ihr Aerger macht sie unvorsichtig. So klafen ihre Blätter immer mehr darüber, dass der sozialistische Einfluss zu einer Verfälschung des Freiwilligen Arbeitsdienstes führe, und "Die Deutsche Arbeitgeberzeitung", ein bekanntes Scharfmacherblatt, versteigt sich sogar zu folgender Notiz:

"Ganz ungeeignet. Herr Maschke, Jugendsekretär vom ADGB, bekennt offen: "Infolge der grossen Arbeitslosigkeit unter der Jugend können wir nicht verhindern, dass sich viele Tausende von Jugendlichen zur Arbeit beim Freiwilligen Arbeitsdienst melden." Obwohl sie gern möchten! Grund genug, ihnen rundweg die Fähigkeit abzusprechen, als Dienstträger zu fungieren." Ein Freiwilliger Arbeitsdienst, in dem auch die Sozialdemokraten mitzusprechen - das passt natürlich den Scharfmachern ganz und gar nicht in ihren Kram. So hatten sie sich die Sache nicht gedacht. Aber die frei organisierte Arbeiterschaft wird es ihnen nun erst recht nicht leicht machen, mit dem FAD zu machen, was sie wollen.

SPD. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes hat bei den Regierungen der europäischen Kohlenländer angeregt, am 20. Februar eine Zusammenkunft zu veranstalten, um zur Frage der Ratifikation des Arbeitszeitabkommens für den Kohlenbergbau Stellung zu nehmen. Es handelt sich vor allem um die Ermöglichung einer gemeinsamen und gleichzeitigen Ratifikation.
